

Kölner Erwerbslosen-Anzeiger

Engagierte Zeitung von Erwerbslosen für Erwerbslose und solche, die es werden könnten

Zwangsverrentung kommt

Ab Januar 2008 werden Langzeitarbeitslose mit 60 Jahren zwangsverrentet. Die Rentenauszahlung findet dann mit einem Abschlag von 18% statt.

58er-Regelung läuft aus
Ende des Jahres läuft die so genannte 58er-Regelung für ältere Erwerbslose aus. Diese hat ältere Erwerbslose bislang vor dem Nachrangigkeitsprinzip bei Hartz IV geschützt. Dieses Prinzip besagt, dass erst alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssen, bevor Anspruch auf Leistungen nach Hartz IV besteht. Leistungen nach Hartz IV dürfen also nur gewährt werden, wenn keine andere Sozialleistung zur Verfügung steht. Eine solche andere Sozialleistung ist zum Beispiel die Rente.

Deutliche Abschlüge
Während bisher ein Langzeitarbeitsloser ALG II empfangen durfte, bis er ohne Abschlag in Rente gehen konnte, also mit 65, wird er nun in die Zwangsverrentung mit deutlichen Abschlägen getrieben. Diese Abschlüge werden für die gesamte Laufzeit der Rentenbeiträge vorgenommen.

Maximal 55%
Die Rentenhöhe bemisst sich nach dem bisherigen Einkommen und den Beitragsjahren. Dabei sind im Idealfall - welcher kaum je erreicht wird - etwa 67% des durchschnittlichen Monatsinkommens zu erreichen. Wird hierbei ein Abschlag von 18% vorgenommen, so bemisst sich die Rente gerade noch auf knapp 55% des durchschnittlichen Monatsinkommens.

Vermögen aufbrauchen
Fällt ein so Zwangsverrenteter unter das Existenzminimum und muss zusätzliche Leistungen bean-

tragen, so muss er vorher seine gesamten Vermögen bis auf einen Schonbetrag von 1.600 EUR aufgebraucht haben, was deutlich restriktiver ist als bei ALG-II-Empfängern.

Gekürzte Rente bis zum Lebensende
Beifürworter der Zwangsverrentung argumentieren nun, dass die Rente in einigen Fällen höher ausfallen kann als das Arbeitslosengeld II. Während für die betroffenen Fälle also das Arbeitslosengeld II noch etwa 5 Jahre gezahlt würde, erhalten diese nun eine gekürzte Rente bis zum Lebensende.

Ziel 1: Kosten senken
Die Kostensteigernder Erwerbslosigkeit infolge der Rente ab 67 werden auf die Erwerbslosen abgewälzt. Hier offenbart die Bundesregierung erneut, dass es bei der Einführung von Hartz IV nur darum ging, die Ausgaben für Erwerbslose deutlich zu senken, und nicht darum, ihnen eine wirkliche Chance auf einen Arbeitsplatz zu bieten.

Ziel 2: Statistik schön
Gleichzeitig werden die Erwerbslosenzahlen durch die Zwangsverrentung statistisch geschönt. Das ist arbeitsmarktpolitisch motivierte Frühverrentung auf Kosten der Erwerbslosen und macht die Anhebung des Rentenalters zur Farce. Durch die Rente ab 67 und die Zwangsverrentung von Hartz-IV-Bedarfsgeheimen ist Altersarmut vorprogrammiert.

Aussortiert
Unsere Gesellschaft kann nicht auf die Kompetenz und Erfahrungen älterer Bürgerinnen und Bürger verzichten. Sie muss ihnen Möglichkeiten zum freigeählten Einbringen in die Gesellschaft eröffnen, statt sie bürokratisch zu verwalten.

Diese Zwangsverrentung muss verhindert werden.
Darüber hinaus sollen ältere Erwerbslose ihr Leben selbstbestimmt gestalten können - mit möglichen Zugängen zu freigeählten und selbst organisierten Projekten, die ordentlich bezahlt werden, und mit abgesicherten Optionen einer Teilhabe an der Gesellschaft ohne Erwerbsarbeit.
(hpf)



Arbeitsuchende in Köln



Im pressum

Herausgeber:
Die KEAs e.V.
Kölner Erwerbslose
in Aktion

Redaktion:

Kölner Erwerbslosen Anzeiger
Steprathstr. 11, 51103 Köln
redaktion.kea@googlemail.com
www.erwerbslose.de.vu
www.kea.de.tt

Der Kölner Erwerbslosen-Anzeiger erscheint monatlich im Selbstverlag. Redaktion: HP Fischer (hpf, Chefredakteur), Jochen Lubig (jlk). Freie Mitarbeit: H. Naumann (nau), D. Söhngen (drs), M. Hübner (mhu), Layout: J. Lubig. Redaktionsschluss: Jeweils der letzte Donnerstag im Monat. Spendenkonto KEA e.V.: HP Fischer, Kontonummer: 6053227 60, BLZ 37070024, Verwendungszweck: KEA-Zeitung / KEA-Spende

Bezugsquellen

Wir verteilen den KEA am 1. Donnerstag im Monat vor der Arbeitsagentur Luxemburger Str. und anderen Agenturen/ARGen. Zudem liegt der KEA u.a. hier aus:

GGs-Büro, Steprathstr. 11 (Kalk)
DGB-Haus, Hans-Böckler-Pl. 1, 2. OG.

Berichte / Briefe

Ihr habt etwas Unglaubliches in der ArGe oder der Agentur erlebt? Ihr wolltet schon immer mal die Presse einschalten, doch die Presse ignoriert Euch? Schreibt uns per Email oder Post. Adressen siehe oben.

Offenes Treffen

Jeden Donnerstag veranstalten wir ein offenes Treffen für Interessierte: Beginn: 15:00 Uhr in der Steprathstr. 11 (Hältesteile Kalk Kapeile).

Erwerbslosenfürstuck

Jeden Montag, 10 bis 13 Uhr, GGS-Büro, Steprathstr. 11 (Kalk).

Ärger mit dem Amt?

Die KEAs bieten jeden Montag, zwischen 15:00 und 17:00 Uhr, eine Sprechstunde für Hilfe bedürftige Erwerbslose an. Steprathstr. 11 in Kalk (U »Kalk Kapeile«, Linien 1 und 9).

Verwaltung der Inkompetenz

Nein, damit ist nicht die ARGE mit ihren MitarbeiterInnen gemeint, sondern sie haben sich was Neues einfallen lassen: immer öfter treibt eben diese ihre Inkompetenz/Hilflosigkeit/Machtgefühl die Angestellten der ARGE dazu, Erwerbslose zum „disability management“ zu schicken. Das Wort „disability“ umschreibt Unvermögen, Inkompetenz, aber auch Behinderung und Erwerbsunfähigkeit (aufgrund von Krankheit bzw. sogenannter Behinderung).

Entstanden ist das ganze fast zeitgleich in USA und England, wo (körperlich) gehandicapte AkademikerInnen die „disability studies (studien)“ einrichten.

Konzept aus den USA

Sehr kurz zusammengefasst heißt dies: Ich bin nicht behindert, ich werde behindert gemacht – durch die Gesellschaft die mir laufend Barrieren auflegt. Die im Kern richtige Aussage hat dann für die Praxis „disability management“ zu Folge, also Menschen, die selbst durch das System determiniert werden und nun für andere ihre Rechte und Selbstverständlichkeiten durchsetzen sollen – und wer kann das halt besser, als eine/r die selbst betroffen ist.

Umkehrung des Prinzips

Leider schaut das hier in unseren Ländern doch etwas anders aus: Es gibt regelrechte Kurse, die zum „Disability management“ ausbilden und dies in den selbstständigen Unternehmen erbreich ansiedeln – eigentlich sollten die ManagerInnen selber aus dem Bereich der „disability“ kommen, aber diese originale Idee ist hier nicht mehr vorhanden – es bleibt (fast) alles so wie gehabt – die sogenannten „Behinderten“ bleiben also weiter behindert, weil andere – nicht gehandicapte das nun für sie „ma-

nagen“. Und was managen sie und was hat das ganze mit uns zu tun?

Die Rolle der ARGE

„Disability Management“ hat die Aufgabe, eine von einem Angestellten der ARGE behauptete „Erwerbsunfähigkeit“ aufgrund von „sozialer Inkompetenz“ oder „Behinderung“ in einen „artgerechten“ Arbeitsplatz umzuwandeln.

Also, in Sachen der „disability“ völlig inkompetenter Mensch weist eine/n Erwerbslosen nach „Augenschein“ (Pannwitzblick?) zu einem ebenfalls inkompetenten angebliebenen „Fach“-menschen.

Gut bezahltes Arbeitsfeld

Unabhängig von der Tatsache, daß so Erwerbslose diagnostiziert und eventuell psychiatrisiert werden, hat sich die Sozialmafia ein weiteres gut bezahltes Arbeitsfeld geschaffen, die weit weg ist von der ursprünglichen Idee – und so jedem, der sich kritisch mit „Behinderung“ in unserer Gesellschaft auseinandersetzt, mit dem „nackten Arsch“ ins Gesicht springt.

Verweigert jede Diagnose, jede Versuche psychiatrisieren zu wollen – mensch kann einen Schnupfen haben, aber behindert werden wir gemacht! (wh)

Eingliederungsvereinbarung

Das Dortmund der Sozialgericht entschied: Der Zwang zum Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung stellt eine Eingriff in den Schutzbereich der in Art. 2 Abs. 1 GG normierten Vertragsfreiheit dar.

griff in die Vertragsfreiheit aufgrund eines Verstoßes gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigt ist.

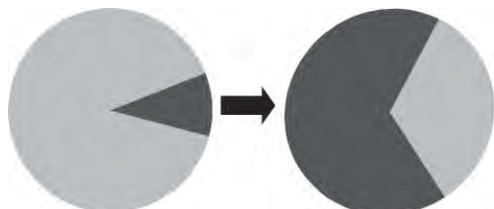
Die Kammer schließt sich insoweit der Auffassung des LSG Niedersachen-Bremen (Az.: L 8 AS 605/06 ER) an, dass dieser Ein-

> Aktenz.S 28 AS 361/07 ER

> www.sozialbezug.org/
thrad.php?theadid=9061

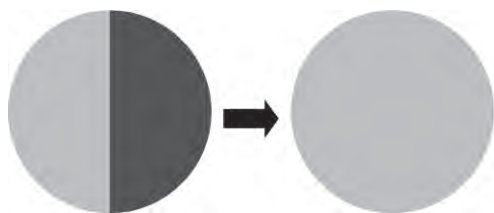
5,4 Billionen €

Im Durchschnitt hat jeder Einwohner dieses schönen Landes 81 000 Euro auf der hohen Kante, vom Säugling bis zum Greis, vom Erwerbslosen bis zum Multimilliardär. Eine Familie mit 4 Personen verfügt also, rein statistisch gesehen, über 324 000 Euro. Dummerweise ist das nur ein Durchschnittswert. Die reale Verteilung sieht etwas anders aus:



Die reichsten 10% verfügen über 2/3 des Vermögens.

Aber auch bei den verbleibenden 90% ist das Vermögen nicht gleich verteilt:



Etwas 50% verfügen über so gut wie nichts.

Ach ja, alle zusammen verfügen über 5 400 000 000 000 Euro, oder handlicher ausgedrückt 5,4 Billionen.

Quelle: Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsförderung.
Text und Grafiken: jlk

Seit August neue Mietobergrenzen

Rückwirkend ab dem 1. August 2007 gelten in Köln folgende Mietobergrenzen für ALG-II-Bezieher:

Pers.	Fläche	Kaltmiete	€/m ²
1	40 - 45	311,00	6,90
2	55 - 60	414,00	6,90
3	70 - 75	518,00	6,90
4	85 - 90	621,00	6,90
5	100 - 105	725,00	6,90
6	115 - 120	828,00	6,90
7	130 - 135	932,00	6,90

Der persönl. zugehör. Höchstbetrag für eine Einzelperson von 311,00 € ist bei Wohnungen auch unter 40 m² grundsätzlich als angemessen zu akzeptieren.

Eine Unterschreitung der Wohnungsgröße bis zu 5 m² führt immer noch zur Angemessenheit einer Wohnungsgröße.

Heizkosten können in der Regel bis zu einer Höhe von max. 1,30 €/m² bzw. von 1,60 €/m² bei erhöhtem Wärmebedarf (z.B. chronisch Kranke) übernommen werden.

Beispiel für zwei Personen: (Angemessenheit beachten!): Angemessene Fläche = 55 bis 60 m², Wohnungsgröße ist aber nur 50 m². Daraus ergibt sich nach Ansicht der Stadt Köln eine maximale Miete von 50 m² x 6,90 €/m² = 345,00 €. Diese Sichtweise ist jedoch umstritten!

Infos & Hilfe

Beratungstellen

ABC Höhenhaus, Von-Ketteler-Str. 2, 51061 Köln-Höhenhaus, Tel. 646641 • Echo, Abendrothstr. 20-22, 50769 Köln-Seeberg, Tel. 7008703, www.echoberatung.de • Frauen gegen Erwerbslosigkeit, Christinas tr. 62-64, 50733 Köln-Nippes, Tel. 7327251, www.frauen-erwerbslos.de • KALZ, DGB-Haus, Hans-Böckler-Pl. 1, 2. OG., Tel. 5461074 • Vingster Treff, Würzburger Str. 11a, 51103 Köln-Vingst, Tel. 875485, www.soziale-s-koeln.de/vingsstertreff

Beschwerdestelle ArGe Köln

Fehlerrichte ALG II-Beschwerde? Probleme mit dem/der Sachbearbeiter/in? »verschwundene« Unterlagen? keine persönliche Ansprechpartner? Hier finden Sie die Beschwerdestelle der ArGe: in der Agentur für Arbeit Luxemburger Str., 10. Stock. Buchstabe A, D, L, R, V/Y: Frau Grevers-Pieck, Zi. 1030, Tel. 0221-9429-8381. Buchst. B, S, T, U, X: Herr Herzogenrath, Zi. 1017, Tel. 0221-9429-8210. Buchst. C, E - K: Herr Gottschlich, Tel. 0221-9429-8378, Zi. 1001. Fax: 0221-9429-8233 (Mailfax für Mietvertrag, Kontoauszüge u.ä.). Fax: 0221-9429-8202 (Papierfax für Anschreiben, Beschwerden u.ä.)

Köln er Montagsdemo

Jeden Montag 18:00 vor dem Dom.

Erwerbslosenrat Köln

Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19:00 Uhr im Schariföh, Alte Gewürzmühle, Piusstr. 26. info@erwerbslosenrat-koeln.de

Abkürzungen

ALG-II: Arbeitslosengeld II (auch Hartz-IV genannt) • ArGe: Arbeitsgemeinschaft zwischen der Gemeinde und der Arbeitsagentur • Az: Aktenzeichen • BA: Bundesagentur für Arbeit • BSG: Bundessozialgericht • KEA: Kölner Erwerbslosen-Anzeiger • KEAs: Aktive des Kölner Erwerbslose in Aktion e.V. • PAP: Persönlicher Ansprechpartner • SGB: Sozialgesetzbuch • ÜdM: Überflüssiger des Monats

Fahrkartensammeln!

In einer Stellungnahme der Bundesagentur für Arbeit an den Petitionsausschuss, in dem ein Erwerbsloser in Form einer Petition anregen wollte, dass auch Fahrkosten von unter sechs Euro für Hartz IV-Empfänger zu erstatten seien, heisst es: „Grundsätzlich werden bei Fahrkosten die Aufwendungen für das günstigste öffentliche Verkehrsmittel zu Grunde gelegt; die Notwendigkeit von Fahrten mit dem PKW ist jeweils gesondert zu begründen. Hierbei werden Aufwendungen über sechs Euro einzeln erstattet; bei geringeren Aufwendungen sind mehrere Fahrten

zusammen zu fassen“. - Da fragt man sich nur, warum alle PAPs die Übernahme der Fahrkosten grundsätzlich ablehnen und nie auf die Möglichkeit der Zusammenfassung hinweisen. Wie auch immer, der KEA weist ab sofort darauf hin: Sammelt die Fahrarten und beantragt die Übernahme (das geht formlos). Es kann sinnvoll sein, im Antrag auf die Stellungnahme des den Petitionsausschusses (Az.: Pet 4-16-11-81503-028568) hinzuweisen. Oder einfach diese Notizausschneide...

> www.erwerbslosenforum.de



DIE ÜBER FLÜSSIGEN

Oswald Metzger

Überflüssiger des Jahres 2007

Der Grünen-Politiker Oswald Metzger (*19. Dezember 1954 in Grabs, Schweiz) ist „Berater“ der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM). (dort findet man u.a. auch Prof. Dr. h.c. Roland Berger;) In den Augen vieler Linker und Sozialdemokraten handelt es sich bei diesem von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanzierten Lobbyverein um ein Trojanisches Pferd zur Zerstörung der sozialen Marktwirtschaft. Der marktliberale Oswald Metzger ist jetzt wegen einer Bemerkung über Sozialhilfe-Empfänger sogar in den eigenen Reihen unter Druck geraten. Metzger, der Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg ist, wird von stern.de mit der Äußerung zitiert:

„Sozialhilfeempfänger werden keineswegs schöpferisch aktiv. Viele sehen ihren Lebenssinn darin, Kohlenhydrate oder Alkohol in sich hinein zu stopfen, vor dem Fernseher zu sitzen und das Gleiche den eigenen Kindern angezeihen zu lassen. Die wachsen dann verdickt und verdummt auf.“

Die Vorsitzende der Grünen, Claudia Roth, distanzierte sich in scharfer Form. „Oswald Metzger sollte sich wirklich schämen, was er über Sozialhilfeempfänger gesagt hat“, meinte Roth gegenüber der „Saarbrücker Zeitung“. (Ausgabe 22.11.2007) „Es ist völlig daneben, Menschen in einer so schwierigen sozialen Situation zu verlezen.“

Metzger hingegen hat seine umstrittenen Thesen bekräftigt, wo-

nach Hartz IV „wie eine Stilllegungsprämie, vor allem, wenn sie über mehrere Generationen hinweg prägt“, wirke.

„Höhere Zuschüsse steigern Verwahrlosung“

In einem Interview mit der „Leipziger Volkszeitung“ (Ausgabe 22.11.07) sagte Metzger, mit einem abgesicherten Existenzminimum ohne Forderung nach Gegenleistung würde „ein Teil der Empfänger träge und antriebsarm“. Deren Kinder „lernen nichts, verdummen buchstäblich durch vielerlei elektronische Medien und kommen dann als Sechsjährige übergewichtig in die Schule“, sagte Metzger. „Auf der Basis eines solchen Systems immer noch höhere Zuschüsse zu geben, steigert nur die Verwahrlosung“, sagte Metzger.

Im Rahmen seiner Arbeit als „Botschafter“ der INSM bzw. als freier Publizist - u. a. mit einer Kolumne im Handelsblatt - sprach er sich für Studiengebühren, eine verfassungsrechtliche Achtung staatlicher Kreditaufnahme, radikalen Stellenabbau im öffentlichen Dienst, mehr Eigenverantwortung der Bürger für die persönlichen Risiken des Lebens und den Abbau des „bevorzugenden Sozialstaates“ mit seiner „Volksglückspolitik“ aus.

Abgang zur CDU?

Er war zwei Jahre lang (bis Ende März 2005) Fellow der Bertelsmann Stiftung im Projekt Demografischer Wandel und erster „Distinguished Fellow“ des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Seine „Drohung“ zur CDU

wechsell zu wollen, wird inzwischen von den meisten Grünen beigesteuert aufgenommen.

Grüne mit asozialem Profil?

Für die Grünen hätte die Außenwirkung des Vorfalls als handfester Imageschaden abgehakt werden können. War Metzger noch nie eine Zierde für die Grünen, so hat er ihnen kurz vor ihrem Parteitag öffentlich ein kaltes, asoziales Profil verpasst. Es spricht weder für die Grünen, dass sie diesen Menschen nicht früher aus ihren Reihen entfernt haben, noch dass sich Metzger mit seiner Warnung auf dem Parteitag durchgesetzt hat. „Wer braucht schon eine dritte Linkspartei?“, hatte der einst geschätzte Metzger gewarnt.

Grüne halten an Hartz IV fest

Damit und mit seiner Austrittsdrohung hat er mit dafür gesorgt, dass die Grünen an Hartz IV festhalten und sich gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen entschieden haben. Die meisten waren sich von vornherein bewusst, dass der Antrag zum bedingungslosen Grundeinkommen eher Symbolcharakter haben würde. Dazu passt, dass selbst ein angeblich Linker wie Christian Ströbele das Ergebnis bei Hartz IV zu bleiben, als einen „Linksruck“ bezeichnete. Danke Herr Metzger.

(hpf)



**Weihnachten bei
ALG-II-Bezug nicht
erwünscht. Viele
ALG-II-Bezieher können
kein Weihnachten feiern.**